Entscheidung

PSG 2/02

verkündet am 7. Dezember 2002

Das Parteischiedsgericht der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V. erlässt in dem Verfahren

A. E.

- Antragsteller -

gegen

1. Bezirksverband A. der Arbeitnehmer-Union (CSA), vertreten durch die Bezirksvorsitzende R. M.
2. Frau R. M.

- Antragsgegner -

wegen Wahlanfechtung

auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 7. Dezember 2002 folgende

Entscheidung:

Die Entscheidung des CSA-Landesvorstandes vom 22. März 2002 wird aufgehoben. Der Anfechtungsantrag wird zurückgewiesen.

Tatbestand:

Gegenstand des Verfahrens ist die Anfechtung der Wahl des Bezirksvorstandes des Bezirksverbandes A. der Arbeitsgemeinschaft Arbeitnehmer-Union der CSU (CSA) vom 20. Februar 2002.

An der Bezirksversammlung (§ 15 Abs. 1 Geschäftsordnung der CSA- GO) vom 20. Februar 2002 nahmen 15 Delegierte teil. Bei der Wahl des Bezirksvorstandes wurde die Bezirksvorsitzende Dipl.-Ing. R. M. mit acht Stimmen gewählt; alle anderen

Vorstandsmitglieder erhielten elf oder mehr Stimmen. An der Wahl nahm auch der von der Kreismitgliederversammlung (§ 8 Abs. 1, 4 GO) des Kreisverbandes A.-Ost als Mitglied dieses Verbandes gewählte Delegierte O. K. teil. Herr K. hatte nach seiner Wahl zum Bezirksdelegierten seinen Wohnsitz aus dem Gebiet des CSA- Kreisverbandes A.-Ost in das Gebiet des CSA-Kreisverbandes A.-West verlegt und daraufhin am 3. September 2001 per Telefax an die Geschäftsstelle des CSU- Bezirksverbandes A. ein Schreiben gesandt, das unter anderem an einen CSU-Ortsvorsitzenden und die beiden CSA-Kreisvorsitzenden von A.-Ost, den Antragsteller E., und A.-West, die Antragsgegnerin M., adressiert war und auszugsweise wie folgt lautete:

"... wegen meines Umzuges würde ich mich gerne in der CSU P., in der JU, sowie in der CSA West engagieren. Den Übertritt habe ich aus fahrtechnischen Gründen erwogen... Meinen Entschluss habe ich mir wahrlich nicht leicht gemacht; schließlich ist die Arbeit in den diversen Vorständen eine persönliche Bereicherung... Den Vorsitz in der JU H. werde ich fortsetzen, bis ein Nachfolger gefunden wird..."

Die Sekretärin der CSU Augsburg H. S. hat in einem Aktenvermerk vom 18. März 2002 die weitere Entwicklung folgendermaßen dargestellt:

" ... Auf das Fax vom 3.9.2001 von Herrn O. K. habe ich folgendermaßen reagiert:

Ich habe Herrn K. telefonisch mitgeteilt, dass er bei einem Verbandswechsel alle Ämter verliert. Er sagte mir, dass die Mitgliedschaft bei dem JU-Ortsverband H. und im CSA-Kreisverband A.-Ost bestehen bleiben soll. Er weiß noch nicht so recht, es soll vorerst mal so bleiben.

Vor ca. 2 bis 2 1/2, Wochen kam die Schatzmeisterin der JU-H. ... mit dem Rechenschaftsbericht der JU zu uns in die Geschäftsstelle und sagte mir, dass die Unterschrift des Ortsvorsitzenden fehle, da Herr K. nicht mehr JU- Ortsvorsitzender sei. Daraufhin rief ich ... Herrn K. an und fragte ihn, ob er inzwischen seinen Vorsitz als Ortsvorsitzender aufgegeben habe, dieses bejahte er. Im gleichen Gespräch fragte ich ihn, wie wir denn nun bei der CSA verbleiben wollen, er sagte daraufhin, ich soll ihn in den CSA-Kreisverband A.-West ummelden. Dieses habe ich dann vollzogen."

Der Antragsteller trägt vor: Er habe Herrn K. am 20. September 2001 gebeten, sich den Übertritt in den Kreisverband A.-West und den Rücktritt von allen Ämtern im Bereich des CSA-Kreisverbandes A.-Ost noch einmal zu überlegen. Auf Grund dieses Gesprächs sei sein Kreisvorstand (Ost) entsprechend den Äußerungen des Herrn K. davon ausgegangen, dass dieser seinen Übertritt einstweilen nicht vollziehen wollte. Eine Rückfrage bei der Geschäftsstelle der CSU A. am 29. Februar 2002 habe jedoch ergeben, dass Herr K. seinen Übertritt nicht rückgängig gemacht habe und auch nicht habe ruhen lassen. Der Antragsteller vertritt die Auffassung, dass der Delegierte K. mit dem Übertritt sein Delegiertenmandat verloren habe, so dass an seiner Stelle ein Ersatzdelegierter nachgerückt sei, der zur Bezirksversammlung am 20. Februar 2002 hätte geladen werden müssen. Die Neuwahl des CSA-Bezirksvorstands sei damit rechtsfehlerhaft. Dies gelte insbesondere für die Wahl der Bezirksvorsitzenden, aber auch für alle folgenden Wahlgänge.

Der Antragsteller beantragt,

die Wahl des Bezirksvorstands der CSA A. insgesamt aufzuheben.

Die Antragsgegner beantragen,

den Beschluss des CSA-Landesvorstandes vom 22. März 2002 aufzuheben und den Anfechtungsantrag zurückzuweisen.

Die Antragsgegner sind der Auffassung, dass entgegen dem Beschluss des CSA-Landesvorstands vom 22. März 2002 der Delegierte K. sein Delegiertenmandat nicht vor der Bezirksversammlung vom 20. Februar 2002 verloren habe, weil er bis dahin nicht vom Kreisverband Ost an den Kreisverband West überwiesen worden sei, und dass der Beschluss des CSA-Landesvorstands schon wegen Überschreitung der Entscheidungsfrist von zwei Wochen nach der Anfechtung (§ 45 Absatz 7 Satz 2 CSU- Satzung) nichtig sei.

Der Antragsteller hat die Bezirksvorstandswahl vom 20. Februar 2002 mit Schreiben an den CSA-Landesvorstand vom 3. März 2002, eingegangen am 5. März 2002, angefochten. Der Landesvorstand der CSA hat in seiner Sitzung vom 22. März 2002 beschlossen, die Wahlen des Bezirksvorstands insgesamt aufzuheben, und die Wiederholung der Wahlen im nächsten

Quartal angeordnet, da die Einladung der Bezirksversammlung unrichtig gewesen sei und das (knappe) Ergebnis der Wahl der Bezirksvorsitzenden Einfluss auf den Vorschlag der Kandidaten und Wahlen für die weiteren Mitglieder des Bezirksvorstandes gehabt habe. Der Beschluss des Landesvorstandes wurde mit Schreiben vom 25. März 2002 mitgeteilt, dessen Adressaten und Zugangsdatum nicht ersichtlich sind, das aber jedenfalls der Antragsgegnerin M. zugegangen ist, nicht aber dem Antragsteller E., obwohl auch dieser als stellvertretender Bezirksvorsitzender von dem Beschluss durch den Verlust seines Amtes betroffen gewesen wäre. Mit Schreiben vom 4. April 2002, eingegangen am 10. April 2002, haben die Antragsgegner gegen die Entscheidung des CSA-Landesvorstandes das Parteischiedsgericht angerufen.

In der nach vergeblichen Anregungen für eine gütliche Einigung am 7. Dezember 2002 durchgeführten Verhandlung des Parteischiedsgerichts erklärten die Parteien übereinstimmend, dass davon auszugehen sei, dass der Delegierte K. sein Faxschreiben vom 3. September 2001 an die Geschäftsstelle gefaxt hat und daraufhin die Sekretärin H. S. reagiert hat, wie in ihrem Aktenvermerk vom 18. März 2002 dargelegt ist. Das Parteischiedsgericht hat Beweis erhoben durch Parteivernehmung der Antragsgegnerin M., die bekundet hat, dass sie als CSA-Kreisvorsitzende A.-West erst nach der streitgegenständlichen Bezirksvorstandswahl von der Überweisung des Mitglieds K. in ihren Kreisverband West erfahren habe, und dass sie Herrn K. erst seit etwa Mitte des Jahres 2002 als Mitglied ihres Verbands behandle, also z.B. zu Mitgliederversammlungen einlade. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Niederschrift der Sitzung Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Der Anfechtungsantrag ist zulässig, aber unbegründet.

1. Die Anfechtung der Wahl durch den Antragsteller ist gemäß § 26 Abs. 1 GO i.V.m. § 45 Abs. 7 Satz 1 CSU-Satzung statthaft und fristgerecht erfolgt. An der Zulässigkeit der Anfechtung ändert die Überschreitung der Entscheidungsfrist des § 45 Abs. 7 Satz 2 CSU-Satzung durch den CSA-Landesvorstand um wenige Tage nichts. Selbst eine wirklich verzögerte Entscheidungsfindung durch den übergeordneten Vorstand kann einem Anfechtungsführer niemals sein Anfechtungsrecht nehmen. Die Anfechtung wird auch nicht dadurch unzulässig, dass sie sich u.a. gegen den Antragsteller selbst in seiner Eigenschaft als

stellvertretender Bezirksvorsitzender richtet; es wäre dem Antragsteller nicht zuzumuten, von seinem Amt zurückzutreten und nur die Wahl der anderen Bezirksvorstandsmitglieder anzufechten mit der Folge, dass bei einer erfolglosen Anfechtung er sein Amt verloren hätte, während die anderen Vorstandsmitglieder weiter amtieren könnten. Das Parteischiedsgericht ist zur Entscheidung berufen, weil mangels Zustellungsnachweises zum Schreiben des Landesvorstands vom 25. März 2002 davon auszugehen ist, dass das Parteischiedsgericht am 10. April 2002 innerhalb der Zwei-Wochen-Frist des § 45 Abs. 7 Satz 3 CSU-Satzung angerufen wurde. Auch hätte das Schreiben des Landesvorstands allen betroffenen Vorstandsmitgliedern zugestellt werden müssen, die nach dieser Entscheidung ihre Ämter verloren hätten; das Parteischiedsgericht konnte von der Nachholung dieser Gewährung rechtlichen Gehörs durch Beteiligung der weiteren Vorstandsmitglieder am Verfahren absehen, weil die Anfechtung aus sachlichen Gründen erfolglos blieb, so dass im Ergebnis die weiteren Vorstandsmitglieder nicht in ihren Rechten tangiert werden.

2. Der Anfechtungsantrag ist jedoch unbegründet, weil bei der Wahl des CSA-Bezirksvorstandes A. kein Wahlfehler unterlaufen ist; insbesondere hat der vom Kreisverband A.-Ost gewählte Delegierte K. mit Recht an der Wahl teilgenommen, weil die Verhandlung des Parteischiedsgerichts ergeben hat, dass der Delegierte zum Zeitpunkt der Bezirksvorstandswahl noch Mitglied im Kreisverband A.-Ost der CSA war.

Es kann offen bleiben, ob der Wechsel des Mitglieds K. vom Kreisverband Ost in den Kreisverband West nach § 5 Abs. 2 oder nach § 5 Abs. 6 CSU-Satzung (jeweils i.V.m. § 4 Abs. 1 GO) zu beurteilen und wie das Verhältnis dieser Vorschriften zueinander zu bestimmen ist; denn jedenfalls ist für einen Wechsel des Verbands der Zugang einer Erklärung beim aufnehmenden Verband erforderlich. Hierzu ist es bis zur Bezirksvorstandswahl am 20. Februar 2002 nicht gekommen. Auf Grund der sachgerechten Nachfrage der Sekretärin S. beim Mitglied K. zu dessen Faxschreiben vom 3. September 2001 hat dieser seinen Verbandswechsel bezüglich der CSA gestoppt; dabei ist es bis zur streitgegenständlichen Wahl geblieben. Dies ergibt sich nicht nur aus dem Aktenvermerk der Sekretärin S., dessen Richtigkeit unstrittig ist, sondern gerade auch durch die faktische Sachbehandlung durch die Streitparteien selbst: Der Antragsteller hat als Kreisvorsitzender in A.-Ost noch einige Wochen vor der streitgegenständlichen Wahl Herrn K. als Kreisschatzmeister zu einer Kreisvorstandssitzung eingeladen; und die Antragsgegnerin M. hat als Kreisvorsitzende in A.-West nach ihrer Aussage in der Parteivernehmung, an deren

Glaubwürdigkeit zu zweifeln kein Anlass besteht, zuerst durch die vorliegende Wahlanfechtung vom Verbandswechsel des Herrn K. erfahren und diesen erst ab Mitte 2002 als Mitglied ihres Verbandes behandelt. Eine abweichende Beurteilung ergibt sich auch nicht dadurch, dass der Delegierte K. bei der Bezirksversammlung zur Überraschung des Antragstellers im Kreis der Delegierten aus A.-West erschienen und auch verblieben ist; hierin ist keine Manifestation eines vollzogenen Verbandswechsels zu sehen, sondern es ist nachvollziehbar, dass ein vor dem Verbandswechsel stehender Delegierter die Gelegenheit der Bezirksversammlung nutzt, sich den Angehörigen seines künftigen Verbandes zuzuwenden. Die Übereinstimmung des Aktenvermerks der Frau S., der Parteivernehmung der Antragsgegnerin M. und der Sachbehandlung durch den Antragsteller E. machte eine Unterbrechung der Verhandlung mit Anordnung einer weiteren Beweiserhebung von Amts wegen entbehrlich; Beweisanträge durch die Parteien wurden nicht gestellt.

Das Parteischiedsgericht hat bislang nicht die Rechtsfrage entschieden, wie sich ein Verbandswechsel eines Delegierten auf sein Delegiertenmandat auswirkt. Zwar spricht angesichts des Prinzips der Vertretung eines Gebietsverbandes auf höherer Ebene durch seine Vertreter (vgl. § 8 Abs. 1, § 13 Parteiengesetz) viel dafür, dass ein Delegiertenmandat in der CSU nicht nur beim Austritt aus der Gesamtpartei endet (dies ist unzweifelhaft, vgl. z.B. Burhoff, Vereinsrecht, 3. Aufl., Rdn. 133; Sauter/Schweyer, Der eingetragene Verein, 14. Aufl., Rdn. 220), sondern auch beim Wechsel der Mitgliedschaft aus dem entsendenden Gebietsverband in einen anderen (vgl. zum Ende des Delegiertenmandats wegen Verlusts der satzungsmäßig bestimmten Bestellungsvoraussetzungen Reichert, Handbuch des Vereinsrechts, 8. Aufl., Rdn. 2804); dies muss jedoch im vorliegenden Fall nicht entschieden werden, weil der Verbandswechsel des Delegierten K. erst nach der streitgegenständlichen Wahl erfolgt ist.

3. Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst; Kosten und Auslagen werden nicht erstattet (§ 15 Abs. 1 und 3 Schiedsgerichtsordnung).